

# Personalratswahl 2026

Wir halten euch den #rueckenfrei  
im Einsatz, im Büro, in den Verhandlungen  
auf der Chefetage.



PERSONALRATSWAHL 2026

## „Nicht zuschauen. Entscheiden.“ Personalratswahl 2026

**Jetzt zählt deine Stimme für deine GdP!**

Jetzt geht es um unseren Rückhalt. Unser kollektiver Wahlauf Ruf zur Personalratswahl 2026. Polizei Hamburg – GdP Hamburg. Der Druck wächst – unsere Antwort muss klar sein!

**GdP Hamburg**

### **Diese Wahl entscheidet über Mitbestimmung – oder Stillstand**

Kolleginnen und Kollegen, die Belastung wächst. Der Druck steigt. Personal fehlt, Dienste verdichten sich, Verantwortung wird immer größer – und allzu oft entsteht der Eindruck, dass Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg getroffen werden. Genau deshalb sagen wir klar und unmissverständlich:

### **Jetzt ist nicht die Zeit für Gleichgültigkeit – jetzt ist die Zeit für Haltung**

Die Personalratswahl 2026 ist ein Machtfaktor. Sie entscheidet darüber, ob wir als Beschäftigte der Polizei Hamburg gehört werden – oder nur funktionieren sollen. Sie entscheidet darüber, ob Missstände benannt und angegangen werden oder ob sie weiter hingenommen werden müssen.

Und sie entscheidet darüber, ob Mitbestimmung ernst genommen wird oder zur bloßen Pflichtübung verkommt.

### **Nicht wählen heißt: anderen das Feld überlassen**

Als GdP Hamburg stehen wir für eine Polizei, die den Rücken frei hat. Nicht nur im Einsatz – sondern auch im Dienstalltag.

#### **#rueckenfrei bedeutet für uns:**

- Rückhalt, wenn Belastung zur Dauerbelastung wird
- Rückhalt, wenn Personal fehlt und Dienste kaum noch aufzufangen sind
- Rückhalt, wenn Führung versagt oder Strukturen nicht funktionieren
- Rückhalt, wenn Kolleginnen und Kollegen Unterstützung brauchen – und keine Ausreden
- #rueckenfrei ist kein Schlagwort – es ist unser Anspruch

### **Wir kommen aus dem Dienst – und wir sind bereit zu kämpfen**

Wir wissen, wovon wir reden. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten stehen mitten im Dienst. Sie erleben täglich, was gut läuft – und was längst nicht mehr tragbar ist. Sie kennen die Realität in den Revieren, in den Dienststellen, in der Sachbearbeitung und in der Verwaltung. Wir wollen keinen Personalrat, der nickt. Wir wollen einen Personalrat, der kämpft.

### **Worum es konkret geht**

#### **Wir kämpfen für:**

- mehr Personal statt Dauerüberlastung
- verlässliche Dienstzeiten statt Improvisation
- faire Bezahlung statt leerer Versprechen
- starke Ausbildung statt Verschleiß von Anfang an
- klare Strukturen statt Chaos auf dem Rücken der Beschäftigten



# Personalratswahl 2026

**Wir halten euch den #rueckenfrei**  
im Einsatz, im Büro, in den Verhandlungen  
auf der Chefetage.



Das alles fällt nicht vom Himmel. Es wird nur erreicht, wenn wir geschlossen auftreten.

## Deine Stimme ist Rückhalt – für alle

- Geht wählen!
- Gebt eure Stimme der GdP Hamburg und ihrer Liste!

Eine starke Wahlbeteiligung ist kein Symbol – sie ist Druck. Druck auf Entscheidungsträger. Druck auf die Behördenleitung. Druck auf die Politik. Nicht wählen heißt: anderen das Feld überlassen.

## Wählen heißt: Verantwortung übernehmen

Jetzt ist der Moment! Wir wollen eine Polizei Hamburg, in der niemand alleine steht. In der Probleme nicht kleingeredet werden. In der Interessenvertretung unbequem sein darf – und muss.

## Am Wahltag gilt: Kreuz setzen. Haltung zeigen. Rücken stärken.

- GdP Hamburg wählen!
- Personalrat stark machen!

## Gemeinsam #rueckenfrei!

## Eure Kandidatinnen und Kandidaten der GdP Hamburg



Foto: stock.adobe.com/vallerab

## INNERE SICHERHEIT

# GdP Hamburg nach Schüssen in Barmbek: „Solche Lagen zeigen, wie wichtig starke Polizeipräsenz in den Stadtteilen ist“

Nach der nächtlichen Schießerei in Hamburg-Barmbek, bei der mehrere Schüsse abgegeben wurden und die Polizei eine umfangreiche Fahndung einleitete, warnt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Hamburg vor einer weiteren Schwächung der polizeilichen Präsenz in den Stadtteilen.

## „Solche Einsatzlagen sind keine Ausnahme mehr“

„Wenn in einem dicht besiedelten Wohngebiet am späten Abend Schüsse fallen, zeigt das erneut, wie schnell sich gefährliche Situationen entwickeln können“, sagt Lars Osburg, stell-

Anzeige

IMMER AN IHRER SEITE.  
24/7. SEIT 1920.

**GBI**  
BESTATTUNGEN  
BESTATTUNGSVORSORGE

gbi-hamburg.de

vertretender Landesvorsitzender der GdP Hamburg. „Solche Lagen sind längst keine Ausnahme mehr – und sie verlangen eine Polizei, die personell stark genug ist, sofort und mit ausreichenden Kräften zu reagieren.“

## GdP warnt vor absehbaren Sparmaßnahmen

Die GdP betont, dass sich derzeit politische Signale abzeichnen, die auf mögliche Einsparungen bei der Polizei hindeuten. „Gerade solche Vorfälle machen deutlich, wie fatal jeder Gedanke an Kürzungen wäre“, so Osburg. „Wer jetzt spart, nimmt in Kauf, dass wir in kritischen Momenten weniger Kräfte zur Verfügung haben. Das gefährdet die Sicherheit in den Stadtteilen.“

## Starke Präsenz verhindert Eskalation

Die Gewerkschaft weist darauf hin, dass eine sichtbare und ausreichend besetzte

Polizei vor Ort entscheidend ist, um Straftaten zu verhindern, Täter schnell zu stellen und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken. „Die Kolleginnen und Kollegen haben in Barmbek schnell und professionell reagiert – aber solche Einsätze gelingen nur, wenn genug Personal verfügbar ist“, erklärt Osburg. „Eine Stadt wie Hamburg braucht eine Polizei, die in der Fläche präsent ist und nicht nur auf dem Papier existiert.“

## GdP fordert klare politische Zusagen

Die GdP erwartet vom Senat ein eindeutiges Bekenntnis zur Stärkung der Polizei. „Wir brauchen keine Sparrunden, sondern eine klare Zusage, dass die Polizei Hamburg nicht ausgedünnt wird“, betont Osburg.

„Die Menschen in dieser Stadt haben Anspruch auf Sicherheit – und die Kolleginnen und Kollegen haben Anspruch auf ausreichende Ressourcen, um genau diese Sicherheit zu gewährleisten.“ ■

# SICHER in DEINEM URLAUB

PERSÖNLICHE BERATUNG  
MASSGESCHNEIDERTE REISEN  
SERVICE AUCH NACH DER BUCHUNG  
PSW-REISEN-HAMBURG@GDP.DE  
040-28089622 ODER 23



**Polizeisozialwerk**  
Hamburg GmbH



# Personalratswahl 2026

Wir halten euch den #rueckenfrei  
im Einsatz, im Büro, in den Verhandlungen  
auf der Chefetage.



## Keine Arbeitszeiterhöhung auf eure Kosten. Wir halten Euch den #rueckenfrei

Nachdem Bremen angekündigt hat die Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte zu erhöhen wächst in Hamburg die Sorge: Kommt dieser Schritt jetzt auch bei uns?

**Für uns ist klar: Eine Arbeitszeiterhöhung ist keine Lösung.**

### Die Realität im Dienst

Unsere Belastung ist längst am Limit:

- hohe Einsatzdichte
- Schichtdienst, Wochenenden, Feiertage
- wachsende Aufgaben
- hohe Überstundenberge

### Wer jetzt die Arbeitszeit erhöht, löst kein Problem. Er verschärft es.

Eine Arbeitszeiterhöhung hätte klare Folgen:

- mehr Überlastung statt Entlastung
- weniger Erholung und steigende gesundheitliche Risiken
- zusätzliche Belastung für Familie und Privatleben

Und am Ende:

Weniger Attraktivität für den Polizeiberuf, höhere Risiken für Kolleginnen und Kollegen und weniger Sicherheit für Hamburg.

### Wir fordern: Ein klares Nein zur Arbeitszeiterhöhung.

Gegen Mehrbelastung ohne Ausgleich.

Für eure Gesundheit und nötige Erholung.

Für faire Arbeitsbedingungen im Dienst.

## Wir halten euch den Rücken frei.

# Personalratswahl 2026

**Wir halten euch den #rueckenfrei**  
im Einsatz, im Büro, in den Verhandlungen  
auf der Chefetage.



## Personalratswahlen 2026

#Personalratswahl2026

#GdPHamburg

#rueckenfrei

### UNSERE THEMEN FÜR EUCH IM TARIFBEREICH

**Transparenz & Kommunikation stärken**

**Interne Ausschreibungen priorisieren**

**MobiPol für den Außendienst**

**Offene Stellen konsequent besetzen**

**Zulagen gerecht gestalten**

**Gleichmäßige Arbeitsbelastung sicherstellen**

**Ausstattung & Arbeitsmittel verbessern**

**Bekleidung & persönliche Ausstattung**

**Kriminalassistenten stärken**



**Gewerkschaft  
der Polizei**

**Weitere  
Infos  
findest du  
hier**





# Personalratswahl 2026

Wir halten euch den #rueckenfrei  
im Einsatz, im Büro, in den Verhandlungen  
auf der Chefetage.



## Information für Mitglieder der DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg

### Anpassung der Besoldung und Versorgung: Beratungen noch nicht abgeschlossen

Die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung und Versorgung lässt in Hamburg noch auf sich warten. Nach Informationen des DGB sind die internen Beratungen aufseiten des Senats noch nicht abgeschlossen. Die Gewerkschaften des DGB haben sich mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder bereits am 14. Februar 2026 auf einen Tarifabschluss für die Beschäftigten der Länder geeinigt. Der DGB hat den Senat zu einer schnellen zeit- und wirkungsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung und Versorgung aufgefordert.

Die Übertragung des Tarifergebnisses gestaltet sich kompliziert, ist in diesem Kontext doch auch eine amtsangemessene Alimentation zu prüfen und durch den Senat nachzuweisen.

Erstmalig zu beachten ist dabei die im November 2025 veröffentlichte Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur amtsangemessenen Alimentation. Das Bundesverfassungsgericht hat im Rahmen dieser Entscheidung anhand der Berliner Beamtenbesoldung neue Maßstäbe für eine verfassungskonforme Besoldung formuliert.

### Gewerkschaften werden im Mai am Gesetzesentwurf beteiligt

Für die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung und Versorgung ist ein eigenes Gesetzgebungsverfahren erforderlich. Aktuell ist Mitte Mai 2026 mit einer ersten Senatsbefassung und anschließend mit der Einleitung eines beamtenrechtlichen Beteiligungsverfahrens zu rechnen. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften DGB und dbb können dann zu dem Gesetzesentwurf Stellungnahmen abgeben und Gespräche führen. Die Bürgerschaft soll noch vor der Sommerpause erreicht werden. Eine rückwirkende Auszahlung der Erhöhungen soll noch im Jahr 2026 erfolgen.

### Senat steht beim Tarifergebnis im Wort

Bei der Übertragung des Tarifergebnisses steht der Senat im Wort. Der Koalitionsvertrag von SPD und Grünen für Hamburg von April 2025 sieht auf Seite 9 vor: „Tarifverträge werden weiterhin zeit- und wirkungsgleich auf die Beamt\*innen übertragen (Tarifgarantie).“

Der Finanzsenator hat am 17. Februar 2026 verkündet: „Hamburg bereitet die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung zur amtsangemessenen Alimentation vor.“

Offen ist jedoch die Frage, wie die amtsangemessene Alimentation gewährleistet werden soll und welche Nachbesserungsbedarfe aus Sicht des Senats bestehen.

### Gewerkschaften formulieren Erwartungen

Im Vorfeld des anstehenden Gesetzgebungsverfahrens haben der DGB und seine Gewerkschaften ihre Erwartungen formuliert. Eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung und Versorgung würde bedeuten:

- Die Besoldungstabellen würden ab dem 1. April 2026 um 2,8 Prozent, mindestens jedoch um 100 Euro monatlich, erhöht werden. Ab dem 1. März 2027 würde die Besoldung um weitere 2,0 Prozent und ab dem 1. Januar 2028 um weitere 1,0 Prozent erhöht. Dies hätte Auswirkungen auf die Höhe der Versorgung.
- Die Bezüge der Anwärter\*innen würden ab dem 1. April 2026 um einen Festbetrag in Höhe von 60 Euro, ab dem 1. März 2027 um einen weiteren Festbetrag in Höhe von 60 Euro und ab dem 1. Januar 2028 um einen weiteren Festbetrag in Höhe von 30 Euro erhöht.
- Die Wechselschichtzulage in der Erbschwerniszulagenverordnung würde auf

200 Euro steigen, die Schichtzulage auf 100 Euro.

- Der DGB fordert, dass die linearen Erhöhungen nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns auch für alle Stellenzulagen und alle Erbschwerniszulagen gelten.

Neben der Übertragung des Tarifergebnisses ist mit dem kommenden Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz mindestens für die Jahre 2026 bis 2028 eine amtsangemessene Alimentation zu gewährleisten. Der DGB fordert in diesem Zusammenhang, dass die Angleichungszulage über das Jahr 2025 hinaus entfristet und in die Besoldungstabelle eingebaut wird. Durch den Einbau in die Tabelle würden auch Versorgungsempfänger\*innen von der Angleichungszulage profitieren.

Die Angleichungszulage wurde in Hamburg für die Jahre 2021 bis 2025 befristet eingeführt, um eine amtsangemessene Alimentation zu sichern. Sie wird bisher nur an die aktiven Beamt\*innen ausgezahlt. Nach dem bisherigen Stand wurde die Angleichungszulage Ende 2025 zum letzten Mal gezahlt. Eine Regelung für das Jahr 2026 ist offen.

### Umgang mit Versorgung ist offen

Bei einer Übertragung des Tarifergebnisses würden die Versorgungsempfänger\*innen nur von der linearen Erhöhung der Besoldungstabellen profitieren. Hinsichtlich der amtsangemessenen Alimentation ist der Umgang mit der Versorgung offen.

Nach wie vor gibt es keine Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu einer amtsangemessenen Alimentation im Bereich der Versorgung. Insbesondere bei der Versorgung kommt es damit auf politischen Druck an. Der DGB und seine Gewerkschaften werden sich im Rahmen des kommenden Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes für eine Berücksichtigung der Versorgungsempfänger\*innen starkmachen und hierfür Vorschläge vorlegen. ■

# Personalratswahl 2026

**Wir halten euch den #rueckenfrei**  
im Einsatz, im Büro, in den Verhandlungen  
auf der Chefetage.



AUS DEM SENIORENBEREICH

## Terminankündigung und mein Führerscheintausch

Es war so weit, mein Kartenführerschein, ausgestellt im September 2000, stand zum Tausch an. Schon vorher hatte ich von einer mehrmonatigen Wartezeit für den Termin beim Landesbetrieb Verkehr gehört, also noch im Januar angemeldet und am Gründonnerstag dann der Termin. Zwei Monate warten, war in Ordnung.

**Michael Rath**

Seniorenvorstand

### Es war spannend, so viel steht fest!

Die Bestätigung kam per Mail mit einer Handlungsanweisung:

- Aktuelles Passbild, Personalausweis und Führerschein mitbringen; klar!
- Termin ist nicht übertragbar, Vertretung nicht möglich; nachvollziehbar!
- Eincheckautomat Gebäude D, 2. Stock; danke für den Hinweis.
- Frühestens 15 Minuten vor dem Termin einchecken, Bearbeitung ist sonst nicht möglich; erschließt sich einem nicht wirklich!
- Auf die Aufruftafel achten, dann den Hinweisen folgen; ja!
- Bei Verspätung ist ein neuer Termin erforderlich; na ja, ist das Kundenorientierung?
- Bei mehrfach gebuchten Terminen entfällt der erste; soll wohl Mehrfachterminierung vermeiden!
- Es gibt kaum Parkplätze, daher ÖPNV nehmen; sinnvoll!

Dann war es so weit, Anfahrt per Motorroller (damit findet man immer einen Platz), auf dem Gelände eigener Motorradstellplatz mit freien Plätzen, diverse freie Pkw-Plätze hätte es auch gegeben. Dann im Gebäude typischer Behördencharme: 2. Etage, lange Stuhlreihen immer an der Wand entlang und viele Wartende, 12:30 Uhr der Termin naht und ... der Aufruf kommt. Ich bin beeindruckt!

Nach der Begrüßung überreiche ich den Ausweis, den Führerschein und das

wenige Tage zuvor beim Fotografen gefertigte Passbild. Ein kritischer Blick der Sachbearbeiterin auf das Bild und den Ausweis, sie vergleicht die Bilder, dann ein Kopfschütteln „das Bild ist zu alt, das geht nicht, ist ja das gleiche Bild“. Zunächst empfinde ich eine leichte Empörung, dann aber der Gedanke, ich habe mich wohl nicht viel verändert in den letzten sieben Jahren. Mit einem Schmunzeln erfolgt mein Hinweis auf Abweichungen und damit dann bei ihr die Akzeptanz des Bildes. Jetzt noch sechs Wochen warten, dann einen neuen Termin für das Abholen. Ich hatte mich gegen eine sofortige Entwertung aufgrund einer anstehenden Urlaubsfahrt ins Ausland entschieden. In 15 Jahren gehe ich zur Verlängerung des nunmehr befristeten Führerscheins, ob mir dann beim Bild das Gleiche passiert?

Fazit: Wenn der Tausch ansteht, vielleicht etwas zeitgerechter planen. Hinweise für die Termine gibt es auf zahlreichen Seiten im Internet.

### Das nächste Mitgliedertreffen am 12. Mai 2026

Unser nächstes Mitgliedertreffen findet am

**Dienstag, dem 12. Mai 2026, um 15 Uhr**

in der Kantine des Polizeipräsidiums statt. Ihr seid dazu herzlich eingeladen. Es ist noch offen, ob wir an diesem Tag einen Referenten haben. Wir werden zeitgerecht per Newsletter informieren. Die Kantine hat, wie üblich, bis 15 Uhr geöffnet, zeitgerecht



Foto: stock.adobe.com/Tomasz Warszewski

tes Kommen sichert ggf. noch eine Tasse Kaffee oder Ähnliches. Bitte denkt auch an euren Mitgliederausweis für die Einlasskontrolle. Wir freuen uns auf den kommenden Termin und hoffen auch von eurer Seite auf eine rege Teilnahme.

Bitte notiert euch schon den 9. Juni vor. Zu Gast haben wir die ZPD mit einem Vortrag zur neuen App „dBeihilfePlus“. In diesem Zusammenhang können auch inhaltliche Fragen gestellt werden.

Wir planen im Juni einen Ausflug nach Travemünde. Zurzeit laufen die Vorbereitungen, mit hoher Wahrscheinlichkeit wird es der 18. Juni werden. Wir werden zeitgerecht per Newsletter zu Einzelheiten, Anreise und Kosten informieren. Wer sich vorher schon informieren möchte, kann dieses auf <https://dergrenzspaziergang.de> vornehmen.

Wir freuen uns auf die kommenden Termine! ■

**DP – Deutsche Polizei**  
Hamburg

ISSN 0170-6438

**Geschäftsstelle**

Otto-Wels-Straße 49, 22297 Hamburg  
Telefon (040) 280896-0  
Telefax (040) 280896-18  
gdp-hamburg@gdp.de  
www.gdp-hamburg.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle**

Montag bis Donnerstag  
8.00 bis 16.00 Uhr  
Freitag  
8.00 bis 14.00 Uhr

**Redaktion**

Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)  
Otto-Wels-Straße 49, 22297 Hamburg  
joern.clasen@gdp.de